

## Niederschrift

über die 13. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Schule, Kultur und Sport  
am 06.02.2001, 16.05 Uhr, im Kleinen Sitzungssaal des Neuen Rathauses

### öffentlicher Teil

An der Sitzung nehmen folgende Stadtverordnete (StV), Sachkundige Bürgerinnen/Bürger (SB), stellvertretende Sachkundige Bürgerinnen/Bürger (VSB) bzw. Sachkundige Einwohnerinnen/Einwohner (SE) teil:

Becker, Bianka,	SE, mit beratender Stimme
Beginn, Arnold,	StV, für StV van Snick, ohne TOP 6, 7, 8 (teilweise)
Birx, Michael,	StV, für SB Lorscheidt-Kratz, zu TOP 4 bis 13, 16.50 - 18.10 Uhr
Bochem, Hans-Peter,	StV
Borowski, Helma,	StV, nicht anwesend
Dohmen, Martina,	SB
Doose, Friederike,	StV
Esser-Faber, Margarete,	StV
Fink, Ulrike,	StV
Granderath, Bernd,	StV, für StV Borowski
Gundelach, Klaus,	SB
Gunia, Wolfgang,	Ausschußvorsitzender
Hintzen, Ulrich,	SB, ohne TOP 6, 7, 8 (teilweise)
Hövelmann, Jens,	StV
Kieven, Ansgar,	SB, ohne TOP 6 (teilweise), 7, 8 (teilweise)
Laufs, Jürgen,	VSB, für StV Talarek, mit beratender Stimme
Lorscheidt-Kratz, Kathleen,	SB, nicht anwesend
Sauer, Karl,	SB
Schmitz, Peter,	1. Stellv. Ausschlußvorsitzender
Spelthahn, Heinz,	VSB, für SB Lorscheidt-Kratz, zu TOP 1 bis 3 und ab TOP 14a, 16.05 - 16.50 Uhr und ab 18.10 Uhr
Stauch, Ingrid,	StV
Talarek, Anke,	StV mit beratender Stimme, nicht anwesend
Viehöfer, Hildegard,	SB
Viertmann, Karl,	StV
van Snick, Doris,	StV, nicht anwesend

Von der Verwaltung nehmen an der öffentlichen Sitzung teil:

Herr Krause in Vertretung des Bürgermeisters

Herr Holz zugleich als Schriftführer

Herr Heuter zu TOP 2

Herr Marx bis TOP 5

Frau K. Esser bis TOP 9

Frau Dr. Esser zu TOP 10 bis 13

Herr Perse zu TOP 11  
Frau Bartel zu TOP 15

Der Vorsitzende eröffnet gegen 16.05 Uhr die öffentliche Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt fest, daß die Einladung zu dieser Sitzung fristgerecht zugegangen und der Soz-Schul-Kult-Sportausschuss beschlußfähig ist.

Für die CDU-Fraktion wird vorgeschlagen, den TOP 14 (Fortschreibung des Archiv-Entwicklungsplanes) von der Tagesordnung abzusetzen, weil noch Beratungsbedarf besteht.

Der Vorsitzende schlägt vor, an dieser Stelle den TOP 14a. (Verteilung der Sitzungsunterlagen) in die Tagesordnung aufzunehmen.

Einwendungen hiergegen werden nicht erhoben.

Die Tagesordnung stellt sich demnach wie folgt dar:

**Tagesordnung:**

**A.        Öffentlicher Teil**

1.        Mitteilungen des Bürgermeisters und Bericht über die Durchführung der Beschlüsse
- 1.1        Kommunen gegen Rechts  
(Vorlage 78/2001)
- 1.2        Errichtung eines Mahnmals zur Erinnerung an die ermordeten Bürger jüdischen Glaubens in Jülich;  
hier: Sachstand  
(Vorlage 75/2001)
- 1.3        Härteausgleich der Sozialhilfekosten  
(Vorlage 69/2001)
- 1.4        Weiterer Bedarf für die 4 Asylbewerberübergangsheime im Außenbereich  
(Vorlage 68/2001)
- 1.5        Aufnahme und Unterbringung von Spätaussiedler  
(Vorlage 70/2001)
- 1.6        Kindergarten-Platzsituation in Güsten  
(Vorlage 82/2001)
- 1.7        SIT-Programm des Landes  
(Vorlage 42/2001)

- 1.8 Spielplatz an der Waldstraße  
(Vorlage 74/2001)
- 1.9 Einladung zu einem Vortrag  
(Vorlage 67/2001)
- 1.10 Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes  
(Vorlage 72/2001)
- 1.11 Schulleiterstellen  
(Vorlage 66/2001)
- 1.12 Änderung der Richtlinien für die Sportlerehrung  
(Vorlage 80/2001)
- 1.13 Errichtung einer Gedenktafel zum Wiederaufbau Jülichs  
(Vorlage 87/2001)
- 1.14 Wiedereröffnung "Offbeat" im Kulturbahnhof  
(Vorlage 79/2001)
- 1.15 Freiwilligenzentrum Jülich  
(Vorlage 90/2001)
- 1.16 Wettbewerb des Landessportbundes "Die sportgerechte Stadt"  
(Vorlage 91/2001)
- 1.17 Durchführung der Beschlüsse  
(Vorlage 71/2001)
- 2. Anfragen
- 2.1 Behindertengerechter Ausbau des Rathauses und Haus Hesselmann;  
Bezug: Anfrage des Behindertenfachgesprächskreises vom 24.01.2001  
(Vorlage 88/2001)
- 3. Sprachkurse für Migrantenkinder  
Antrag Nr. 1/2001 der SPD-Fraktion vom 10.01.2001  
(Vorlage 44/2001)
- 4. Antrag der St. Katharina - Schützenbruderschaft Selgersdorf auf Bezuschussung der Materialkosten für den weiteren Ausbau des Schützenheimes  
(Vorlage 25/2001)

5. Antrag der Fraktionen der CDU und FDP Nr. 4/2001 betreffend die Bildung einer “Sportplatzkommission”  
(Vorlage 57/2001)
6. Modellprojekt “Senioren ins Netz”  
hier: Bericht (Juli - Dezember 2000)  
(Vorlage 26/2001)
7. Studie “Alleinerziehende in Jülich”;  
hier: Bericht zum Stand des Projektes “Kinderbüro”  
(Vorlage 30/2001)
8. Kinder- und familienfreundliches Jülich;  
hier: “Projekt 13 plus”  
(Vorlage 31/2001)
9. Kinder- und familienfreundliches Jülich;  
hier: Fachtagung 2001  
(Vorlage 29/2001)
10. Arbeitsgruppenergebnis “Gutachten Richter”, Teil I Brückenkopfpark;  
hier: Bericht  
(Vorlage 9/2001)
11. Arbeitsgruppenergebnis “Gutachten Richter”, Teil II: Museum und Baudenkmalpräsentation Zitadelle  
(Vorlage 49/2001)
12. Schlosskonzerte 2001/2002  
(Vorlage 23/2001)
13. Städt. Kulturveranstaltungen;  
hier: Veränderungsvorschläge aus den Beiräten  
(Vorlage 20/2001)
14. Fortschreibung des Archiv-Entwicklungsplanes  
(zugleich Bürgerantrag der CDU-Seniorenunion Nr. 22/2000 vom 02.11.2000 bezüglich der Archivarbeit)  
(Vorlage 17/2001)
- 14.a Verteilung der Sitzungsunterlagen
15. Bericht über die Entwicklung der Schulbibliothek der Gemeinschaftshauptschule, Vorschlag für die zukünftige Weiterentwicklung  
(Vorlage 700/2000)

16. Zuschussantrag des Fördervereins Pfadfinderstamm Jülich  
(Vorlage 840/2000)

**A Öffentlicher Teil**

1. Mitteilungen des Bürgermeisters und Bericht über die Durchführung der Beschlüsse

- 1.1 Kommunen gegen Rechts

Die Landesregierung hat im vergangenen Jahr ein Bündnis für Toleranz und Zivilcourage - gegen Gewalt und Fremdenfeindlichkeit - ins Leben gerufen. Mit dem Förderprogramm "Kommunen gegen Rechts" werden Aktivitäten vor Ort unterstützt. Für die Stadt Jülich werden rund 33.000,00 DM zur Verfügung gestellt.

In mehreren Veröffentlichungen der örtlichen Presse, des *Jülichmagazins* und in rund 100 Anschreiben an Organisationen und Initiativen aus den Bereichen Kultur, Sport, Soziales, Schulen hat die Verwaltung über das Programm informiert. Bis zum 31.01.01 konnten Projektskizzen eingereicht, geplante Projekte vorgestellt und Zuschussanträge gestellt werden. Insgesamt sind 10 Anträge gestellt worden. Die Anträge sollen zeitnah in einer kleinen Kommission beraten werden. In der Kommission sollte je ein Vertreter/eine Vertreterin der Fraktionen, Dezernent Krause und die Sozialplanung vertreten sein. Es wird gebeten, die Vertreter noch in dieser Woche zu benennen.

Auf Anfrage der StV Schmitz und Beginn teilt die Verwaltung mit, dass bis zur ersten Sitzung der Kommission noch Vorschläge eingereicht werden können.

Von den Fraktionen werden folgende Mitglieder für die Kommission benannt (in Klammern Vertreter):

CDU: Hövelmann (Spelthahn)  
SPD: Doose (Gundelach)  
FDP: Beginn (Fink)  
Grüne: Laufs (Kolonko-Hinssen)

- 1.2 Errichtung eines Mahnmals zur Erinnerung an die ermordeten Bürger jüdischen Glaubens in Jülich; hier: Sachstand

Die "Jülicher Gesellschaft gegen das Vergessen und für die Toleranz e. V." hat mitgeteilt, dass die Mittel zur Finanzierung des Mahnmals größtenteils aufgebracht sind, so dass die Realisierung des Projektes voraussichtlich in diesem Jahr noch durchgeführt werden kann. Die Gesellschaft beantragt beim Stadtrat verschiedene konkrete Schritte zur Realisierung des Projekts.

Das Schreiben ist als Bürgerantrag zu behandeln (HFA 08.03.2001, KuSSS 15.03.2001).

### 1.3 Härteausgleich der Sozialhilfekosten

In der Sitzung des KuSSS am 24.8.2000 wurde der Ausschuss über die zu erwartenden Änderungen in der Finanzierung der Sozialhilfeaufwendungen informiert. Neben der gesetzlich vorgesehenen Beteiligung der Gemeinden an den Sozialhilfeaufwendungen war seinerzeit auch bereits die Einführung eines Härteausgleichs im Gespräch.

Die Entscheidung über die Durchführung eines Härteausgleichs ist Angelegenheit des Kreises. Die Gemeinden haben hierauf keinen Einfluss. Der Kreisausschuss hat am 19.12.2000 die Satzung zur Regelung des Härteausgleichs beschlossen. Sie ist am 1.1.2001 in Kraft getreten.

Durch die Übernahme der Hälfte der Sozialhilfeaufwendungen durch die Gemeinden verringern sich die Ausgaben des Kreises. Dies schlägt sich in einer Senkung der Kreisumlage nieder.

Der Härteausgleich ist quartalsmäßig zu zahlen. Die Heranziehungsbescheide sind den Gemeinden noch nicht zugegangen.

### 1.4 Weiterer Bedarf für die 4 Asylbewerberübergangsheime im Außenbereich

Auf der Basis der aktuellen Aufnahme- und Unterbringungssituation im Bereich der Flüchtlinge und Asylbewerber muss festgestellt werden, dass die 4 Übergangsheime im Außenbereich in Selgersdorf, Mersch, Güsten und Bourheim, voraussichtlich auch noch weitere 5 Jahre benötigt werden.

In Jülich leben zur Zeit 267 Flüchtlinge (Stand 30.01.2001). Hiervon sind 174 Personen in städt. Unterkünften untergebracht. Hierzu müssen weitere 38 Personen addiert werden, die in den nächsten Monaten lt. Landesstatistik noch aufgenommen werden müssen. Dies ergibt einen Platzbedarf von min. 212 Plätzen.

In den 4 städt. Unterkünften im Außenbereich, einschließlich der Häuser Oststr. 6 und Römerstraße 16 b ergibt sich insgesamt eine Unterbringungsmöglichkeit von 214 Personen (bei Berücksichtigung eines Abschlages wegen Familienunterbringung).

Der Rückgang der Aufnahmezahlen in den letzten Monaten hat es ermöglicht, die bisherigen Notunterkünfte in den ehem. Schulgebäuden Barmen, Broich und Stetternich aufzugeben. Auch die Notunterkunft im Bahnhof wird kurzfristig geräumt. Hiermit wurden insgesamt Plätze für ca. 82 Personen aufgegeben.

Von einer erhöhten Rückführung von Flüchtlingen ist in den nächsten Monaten nicht auszugehen. Auch darf nicht außer Acht gelassen werden, dass bei Bedarf Flüchtlinge, die zur Zeit in Privatwohnungen leben, doch wieder in städt. Unterkünfte umziehen müssen.

Auch dies macht deutlich, dass die Beibehaltung der 4 Übergangsheime weiterhin erforderlich ist und eine weitere Minderung von Unterkunftsplätzen zur Zeit nicht in Betracht kommt.

#### 1.5 Aufnahme und Unterbringung von Spätaussiedlern

Wie bereits in Bericht über die Aufnahme und Unterbringung von Spätaussiedlern in der Sitzung des Sozialausschusses vom 21.09.2000 unter dem Stichpunkt "weitere

Entwicklung" mitgeteilt, war es absehbar, dass künftig wieder mit einer höheren Zahl an Neuaufnahmen in Jülich gerechnet werden muss.

Diese Prognose ist wie erwartet eingetreten. Aufgrund ihrer hohen Aufnahmezahl ist die Stadt Düren inzwischen wieder von der Aufnahme weiterer Spätaussiedler befreit. Dies hat für Jülich eine erhöhte Aufnahmezahl zur Folge, weil viele die Zuweisung in die nächstgrößere Stadt wünschen.

Seit dem 1.10.2000 wurden inzwischen 36 Spätaussiedler in Jülich neu aufgenommen. Wegen des neuerlichen Bedarfs musste auch das Übergangsheim An der Promenade 1 wieder belegt werden.

#### 1.6 Kindergarten-Platzsituation in Güsten

Im Stadtteil Güsten fehlten zu Beginn des Kindergartenjahres am 1.8.2000 im vorhandenen Kindergarten der kath. Pfarrgemeinde rein rechnerisch bereits 8 Kindergartenplätze. Im Laufe des Jahres erhöht sich diese Zahl auf 27 Kinder. Diese können auch nicht alle in den beiden Spielgruppen (à 10 Plätze) des SpatzenNestes aufgenommen werden. Die Situation wird noch dadurch verschärft, dass die Anzahl der Kinder im Kindergartenalter durch Erschließung neuer Baugebiete in Zukunft wächst.

In Gesprächen mit dem Jugendamt wurde erreicht, dass der Bedarf für eine weitere Kindergartengruppe gesehen wird, weil Spielgruppen nicht geeignet sind, den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz einzulösen und nur bei einvernehmlicher Vereinbarung mit den Eltern als Kindergartenplatz-Ersatz dienen können (von einigen Eltern allerdings auch wegen der niedrigeren Elternbeiträge bzw. altersangepasster Betreuungszeiten bevorzugt werden).

Die Stadt Jülich hat in den Verhandlungen mit dem Kreisjugendamt deutlich gemacht, dass für die Trägerschaft einer Einrichtung in Güsten in erster Linie die bereits vor Ort tätigen Betreiber (kath. Kirche und SpatzenNest) gefragt seien. Mit der Stadt könne über die Abdeckung eines evtl. Defizits gesprochen werden.

Wegen des weiteren Vorgehens wurde eine Ortsbesichtigung durchgeführt, an der neben Vertretern der Stadt auch Vertreter des Kreisjugendamtes, des Bistums und der Ortsvorsteher, der gleichzeitig Mitglied des Kirchenvorstandes ist, teilgenommen haben. Das Bistum prüft derzeit die Möglichkeiten eines Um-/Anbaues am bestehenden Kindergarten. Sollte

dieser nicht realisierbar sein, wäre ein Neubau auf dem Gelände hinter dem Justinahaus (neben den Tennisplätzen) denkbar.

Für die Übergangszeit könnte eine Spielgruppe in den Räumen des Pfarrheimes eingerichtet werden. Das Kreisjugendamt ist z.Z. bemüht, einen Träger zu finden.

#### 1.7 SIT-Programm des Landes

In der Sitzung des KuSSS-Ausschusses am 15.11.2000 wurde über das Landesprogramm "Schüler in Tageseinrichtungen" berichtet. Nachdem die Förderrichtlinien des Kreises bekannt waren musste davon ausgegangen werden, dass die Stadt einen Eigenanteil von ca. 8.000,00 DM zu leisten hätte. Es wurde im weiteren darauf hingewiesen, dass das an der Grundschule in Aldenhoven praktizierte Verfahren nicht auf Jülich übertragbar sei, weil die Fördervereine an den Grundschulen in Jülich wegen fehlender Anerkennung nicht Träger einer Maßnahme werden können. Die Verwaltung sagte eine weitere Prüfung zu.

Eine Möglichkeit, den Eigenanteil zu reduzieren, hätte darin bestanden, einen "armen Träger" für die Durchführung zu gewinnen. Dies hätte die "Villa Kunterbunt" an der Nordschule sein können. Allerdings wäre diese mit der Durchführung einer SIT-Maßnahme zu sich selbst in Konkurrenz getreten. Eine derartige Maßnahme bezieht sich auf die gleiche Altersgruppe, die auch von der Einrichtung der "Villa Kunterbunt" angesprochen wird. Im SIT muss aber nur knapp die Hälfte des Elternbeitrages gezahlt werden.

Inzwischen hat sich in Jülich eine Initiative mit der Bezeichnung "13 plus - Jülich" gebildet, die eine Übermittagsbetreuung für Schülerinnen und Schüler der 5. und 6. Jahrgangsstufe in der KOT Roncalli-Haus untersucht. Hierüber wird in der heutigen Sitzung berichtet. Das SIT-Programm wird nicht weiter verfolgt.

#### 1.8 Spielplatz an der Waldstraße

Der KuSSS hat am 15.11.2000 u.a. beschlossen, den Spielplatz an der Waldstraße wegen zu geringer Frequentierung zu schließen. In dem Einzugsbereich wohnten zum damaligen Zeitpunkt 7 Kinder zwischen "neugeboren" und 11 2 Jahren. Der Beschluss ist also gerechtfertigt.

Ortsvorsteherin Frau Esser-Faber ist von den Anwohnern zu einer Besprechung eingeladen worden. Als deren Ergebnis ist festzuhalten, dass die Anlieger sich bereit erklären, diverse Unterhaltungsarbeiten regelmäßig durchzuführen (z.B. Rasen mähen, Sand auswechseln, Instandhaltung des Zaunes, Anstrich der Bank). Damit ist das Hauptziel der Stadt für die Schließung des Spielplatzes - nämlich Kostenentlastung - erreicht.

Es wird vorgeschlagen, den Beschluss für ein Jahr auszusetzen und einen Vertrag mit den Anwohnern zu schließen, in dem sie sich zur Übernahme dieser Tätigkeiten verpflichten. Dies soll ein Jahr lang beobachtet werden.

Die Haftung für die Verkehrssicherheit des Platzes und der Spielgeräte bleibt allerdings bei der Stadt. Hierzu sind auch regelmäßige Kontrollen seitens der Stadt weiterhin erforderlich.

#### 1.9 Einladung zu einem Vortrag

Der Gründer und Ideengeber der Interessengemeinschaft "Holunderschule", Herr Heinrich Benjes aus Hellwege, nach dessen Konzept schon annähernd 500 Einrichtungen in Niedersachsen ihr Außengelände gestaltet haben, hält am Mittwoch, den 7.3. 01 um 20.00 Uhr im Kuba einen Dia-Vortrag mit dem Titel: "Was hat ein Grashüpfer mit Erziehung zu tun ?".

Als gelernter Gärtner und Rektor i.R. eröffnet Herr Benjes mit seinem lebendigen Vortrag eine neue Sicht auf die Gestaltung von öffentlichen Spielräumen, also von Schulen, Kindergärten und öffentlichen Spielplätzen. In seinen Augen brauchen Kinder verstärkt Spielmöglichkeiten, die ihnen mehr Freiraum für die Entwicklung von Kreativität und Phantasie geben als es zur Zeit üblich ist. Mit überraschend einfachen und kostengünstigen Mitteln kann für Kinder ein solches Angebot geschaffen werden, jenseits von DIN-genormten und multifunktional zusammengesetzten Spielgeräten. Diese Gedanken liegen auch dem Planungsentwurf für den neuen Spielplatz zugrunde, der in einer Zukunftswerkstatt am 16.1. in Bourheim erarbeitet wurde. Eine Planungsgruppe begleitet dieses Spielplatzprojekt bis zur Realisierung. Sie setzt sich aus Bourheimer Eltern, einer Umweltpädagogin aus Jülich, Mitgliedern der Spielplatzkommission, Herrn Birkenfeld vom Bauamt und Herrn Krieger vom Bauhof zusammen. Es ist an maximal drei Zusammenkünfte gedacht.

Der öffentliche Vortrag am 7.3. erläutert das pädagogische Konzept und gibt viele Beispiele für die Umsetzung. Danach besteht ausreichend Gelegenheit zum Gespräch. Er wird vom Agendabüro in Kooperation mit dem Bau- und Sozialdezernat organisiert.

StV Fink bemängelt, dass die Spielplatzkommission nicht zu der Sitzung der Arbeitsgruppe Spielplatz Bourheim eingeladen worden ist.

#### 1.10 Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes

Die Projektgruppe Bildung und Region ist mit der Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes beauftragt worden.

Der Schulentwicklungsplan für die Grundschulen wurde 1997 erstellt und enthält Prognosen über die Schüler- und Klassenzahlen bis zum Schuljahr 2002/03. Bei der Erstellung wurden - soweit möglich - Neubaugebiete beachtet. Zwischenzeitlich sind aber einige neue Baugebiete entstanden bzw. in der Planung, so dass der Plan aktualisiert werden sollte.

Der Plan für die weiterführenden Schulen wurde 1998 erstellt. Um größtmögliche Sicherheit über Schüler- und Klassenzahlen bei den anstehenden Schulerweiterungen zu erhalten, sollen auch diese Zahlen auf den neuesten Stand gebracht werden. Insbesondere sollen hier neue Tendenzen bei Schülerwanderungen zwischen den weiterführenden Schulen aufgrund neuer Versetzungsbestimmungen und Wahlverhalten der Eltern berücksichtigt werden.

## 1.11 Schulleiterstellen

### Konrektorstelle Hauptschule

In der Sitzung des KuSSS-Ausschusses am 7.12.2000 war in TOP 3 der Beschluss zur Besetzung der Konrektorstelle mit Frau Hannelore Cremer unter dem Vorbehalt der Zustimmung des Lehrpersonalrates gefasst worden. Mit Schreiben vom 12.01.2001 hat der Personalrat seine Zustimmung mitgeteilt.

### Rektorstelle Gemeinschaftsgrundschule West

Die beiden Bewerber sind erst nach den Weihnachtsferien begutachtet worden, so dass die schulfachliche Beratung der Bezirksregierung noch nicht vorliegt. Die Bewerber sollen sich in der Märzsitzung des Ausschusses vorstellen.

### Konrektorstelle Schirmerschule und GGS West

Für beide Stellen liegen nach wie vor keine Bewerbungen vor. Die Bezirksregierung ist um eine erneute Stellenausschreibung gebeten worden. Dem Vernehmen nach soll es für die Konrektorstelle an der Schirmerschule 2 Interessenten geben. Es bleibt abzuwarten, ob eine Bewerbung erfolgt.

### Konrektorstelle Gemeinschaftsgrundschule Süd

Die Konrektorin dieser Schule ist Ende 2000 in den Ruhestand versetzt worden, so dass auch diese Stelle ausgeschrieben werden muss.

## 1.12 Änderung der Richtlinien für die Sportlerehrung

Der Ausschuss hat die Verwaltung in der Sitzung am 21.09.2000 (TOP 17, Vorlagen - Nr. 591/2000) beauftragt, gemeinsam mit dem Stadtsportverband Überlegungen anzustellen, wie bei zukünftigen Sportlerehrungen auch Tänzerinnen und Tänzer sowie Tanzgruppen berücksichtigt werden können.

Diesbezügliche Gespräche sind geführt worden. Der SSV J und die Verwaltung schlagen vor, die Kriterien für die Ehrung der Tänzer in einer Arbeitsgruppe aus SSV J, Verwaltung und Politik festzulegen. Bei Bedarf sollen auch Tanzsportkundige zu den Beratungen herangezogen werden.

Von den Fraktionen werden als Mitglieder (in Klammer Vertreter) der Arbeitsgruppe benannt:

CDU: Hintzen (Schmitz)

SPD: Doose (Gundelach)

FDP: Beginn (Fink)  
Grüne: Laufs (Kolonko-Hinssen)

1.13 Errichtung einer Gedenktafel zum Wiederaufbau Jülichs

Mit Schreiben vom 01.02., eingegangen am 05.02.2001, hat der Förderverein "Festung Zitadelle Jülich e.V." die Errichtung einer Gedenktafel vorgeschlagen. Wegen der Kürze der Zeit konnte die Angelegenheit für diese Sitzung des KuSSS nicht mehr vorbereitet werden. Die Sache soll in der Sitzung am 15.03.2001 behandelt werden.

1.14 Wiedereröffnung "Offbeat" im Kulturbahnhof

Am Freitag, 26.01.2001, konnte das Café im Kulturbahnhof "Offbeat" nach Renovierung und teilweiser Neueinrichtung wiedereröffnet werden.

Der Verein "Kultur im Bahnhof" hat mit Vorstand, hauptamtlichen und ca. 16 ehrenamtlichen Kräften drei Wochen lang hart gearbeitet. Fremdunternehmen wurden bei dem Neubau der Theke, dem Neubelag des Bodens, den Elektro- und Sanitärarbeiten eingesetzt. Alle Reinigungs-, Anstreicher- und Gestaltungsarbeiten übernahm der Verein in Eigenregie.

Die Kosten beliefen sich auf ca. 35.000,-DM. Näheres hierzu enthält der Jahresbericht des KiB e.V.. Die Kosten werden aus Einnahmen des Cafés finanziert.

Ein Café mit freundlicher, heller Atmosphäre erwartet nun die Gäste.

1.15 Freiwilligenzentrum Jülich

Nach rund 1 2 Jahren Vorbereitungszeit wird am 1. März 2001 das Freiwilligenzentrum Jülich eröffnet. Wie in der Mitteilung vom 05.12.2000 bereits dargestellt, sind der Caritasverband Düren-Jülich e.V. und das Diakonische Werk Hauptträger des Zentrums.

Aufgrund der Wichtigkeit des Anliegens haben sich erstmals in der Geschichte der Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtsverbände auf Kreisebene die Verbände zu einer Trägergemeinschaft zusammengefunden. Die Trägergemeinschaft wird sowohl das Freiwilligenzentrum Düren, das bereits im Dezember des vergangenen Jahres mit Landesförderung eröffnet werden konnte, sowie das Freiwilligenzentrum Jülich tragen.

Freiwilligenzentren dienen der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements, indem sie potenzielle Ehrenamtliche beraten, vermitteln und begleiten. Zudem sind sie Kontaktstelle für Vereine, Verbände und Initiativen und stellen Öffentlichkeit zu Ehrenamt her. Die bundesweit gesammelten Erfahrungen mit Freiwilligenzentren zeigen, dass sie erfolgreich dazu beitragen, neue Ehrenamtliche zu gewinnen. Überdies antworten sie auf die veränderten Ansprüche und Rahmenbedingungen des Ehrenamtes.

Das Freiwilligenzentrum Jülich wird durch einen Beirat begleitet. Er ist aus der Planungsgruppe hervorgegangen und hat sich am 24.01.01 gebildet. Neben Vertretern der Wohlfahrtsverbände ist auch die Stadt Mitglied des Beirats.

#### 1.16 Wettbewerb des Landessportbundes "Die sportgerechte Stadt"

Der Landessportbund hat den Wettbewerb "Die sportgerechte Stadt" ausgeschrieben.

Der Wettbewerb gibt den Kommunen die Möglichkeit, ihre Leistungen in der Sportförderung und auf dem Gebiet einer nachhaltigen Sport- und Stadtentwicklung darzustellen.

Die Anforderungen an die Darstellung und Präsentation sind so hoch gesetzt, dass die erforderlichen Arbeiten mit dem Personal bei Amt 40 nicht zu bewältigen sind. Eine Teilnahme an dem Wettbewerb erfolgt daher nicht.

#### 1.17 Durchführung der Beschlüsse

##### TOP 4 der Sitzung am 7.12.2000 (Abitur nach 12 Jahren)

Antrag Nr. 82 der CDU- und der FDP- Fraktion vom 8.11.2000  
(Vorlagen-Nr. 772/2000)

Die drei Gymnasien in Jülich sind angeschrieben und um eine Stellungnahme gebeten worden.

##### TOP 8 der Sitzung am 15.11.2000 (Errichtung zusätzlicher Umkleideräume an der Sportanlage Broich)

Antrag Nr. 77/2000 der SPD Fraktion vom 10.10.2000  
(Vorlagen Nr. 729/2000)

Der Ortstermin mit dem SV Frankonia Broich hat am 15.01.2001 stattgefunden. Zur Verbesserung der Umkleidekabinen an der Bürgerhalle plant der Verein einige Umbaumaßnahmen. An dem kleinen Geräte- und Verkaufsraum am Rasenplatz möchte der Verein einen Besprechungs- und Aufenthaltsraum anbauen. Der Verein wird eine Planung und eine Kostenaufstellung einreichen.

Die übrigen Beschlüsse sind ausgeführt bzw. in der Durchführung.

StV Hövelmann regt wegen des Umfangs der Mitteilungen an, diese in Zukunft nicht mehr vorzutragen, sondern den Ausschussmitgliedern schriftlich zum Sitzungsbeginn zur Verfügung zu stellen. Bei Bedarf sollte es am Ende des öffentlichen Teils der Sitzung möglich sein, Fragen zu stellen.

## 2. Anfragen

### 2.1 Behindertengerechter Ausbau des Rathauses und Haus Hesselmann

Bezug: Anfrage des Behindertenfachgesprächskreises (BFGK) vom 24.01.2001  
(Vorlagen-Nr.: 88/2001)

Der Wortlaut der Anfrage vom 24.1.2001 ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Zu der Anfrage des BFGK wird wie folgt Stellung genommen:

1. Neues Rathaus - Eingang Kartäuserstraße

Die Maßnahme "Neubau einer Behindertenrampe Neues Rathaus - Eingang Kartäuserstraße" wird in diesem Jahr umgesetzt. Mit der Planung wird unverzüglich begonnen. Es ist vorgesehen, das Planungskonzept im Mai/Juni 2001 im Planungs-, Umwelt- und Bauausschuss vorzustellen, so dass nach Abstimmung mit den zuständigen Gremien sowie dem BFGK eine Ausführung der Maßnahme im August/September 2001 erfolgen kann. Die Haushaltsmittel in Höhe von rd. 50.000,00 DM aus dem Vorjahr wurden übertragen und stehen zur Verfügung. Eine Aufstockung des Haushaltsansatzes auf 100.000,00 DM in diesem Jahr konnte aufgrund der angespannten Haushaltssituation nicht vorgenommen werden.

2. Neues Rathaus - Aufzug Hinterhof

Im v.g. Aufzug wurde 1999 für rd. 25.000,00 DM eine neue Steuerungsanlage eingebaut. Die seinerzeit häufig aufgetretenen Störungen konnten mit dieser Maßnahme weitestgehend ausgeschlossen werden. Seitens der Verwaltung wurde auch die Erneuerung dieser Aufzugsanlage eingehend erörtert. Aufgrund der Haushaltssituation ist jedoch eine Realisierung dieser Maßnahme mit einem Kostengerüst von rd. 200.000,00 DM nicht möglich.

Von der Verwaltung wird dennoch kurzfristig geprüft, ob das Bedienfeld im Aufzug behindertengerecht umgerüstet werden kann. Sollte dies ohne zu große finanzielle Aufwendungen möglich sein, erfolgt dies kurzfristig im Rahmen der baulichen Unterhaltung.

3. Neues Rathaus - Aufzug Nebengebäude

Eine Erneuerung der Aufzugsanlage kann ebenfalls derzeit aus Kostengründen nicht in Aussicht gestellt werden. Zur Zeit werden die Kosten für die Anschaffung eines Treppenliftes ermittelt. Wenn diese Kosten bekannt sind, wird die weitere Vorgehensweise mit dem BFGK abgestimmt.

4. Maßnahmen Haus Hesselmann

Aufgrund der aktuellen Beschlusslage, d.h. Übertragung Haus Hesselmann auf die Brückenkopfpark-GmbH, sind hier zur Zeit keine baulichen Maßnahmen geplant.

VSB Spelthahn erkundigt sich danach, wann er die Antwort auf seine Frage bezüglich der Öffnung des Friedhofs an der Aachener Str. erhält.

3. Sprachkurse für Migrantenkinder  
Antrag Nr. 1/2001 der SPD-Fraktion vom 10.01.2001  
(Vorlagen-Nr.: 44/2001)

Die Verwaltung weist darauf hin, dass die Umsetzung schwierig ist, weil die Durchführungsrichtlinien noch nicht vorliegen. Z.Zt. werden Auskünfte bei Trägern ähnlicher Maßnahmen eingeholt.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: Ohne Abstimmung

4. Antrag der St. Katharina - Schützenbruderschaft Selgersdorf auf Bezuschussung der Materialkosten für den weiteren Ausbau des Schützenheimes  
(Vorlagen-Nr.: 25/2001)

In der eingehenden Diskussion beantragt die CDU-Fraktion, den Beschlussvorschlag der Verwaltung zu ändern. Auch für die SPD-Fraktion werden Bedenken gegen die im Beschlussvorschlag der Verwaltung enthaltene Hinausschiebung des Auszahlungszeitpunktes erklärt. Es sei andererseits auch problematisch, die Zuschusshöhe nicht anzugeben (wie von der CDU-Fraktion beantragt).

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: 17 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 1 Enthaltungen

1. Der Bedarf wird anerkannt.
2. Der vorzeitige Baubeginn (auf eigenes Risiko) wird gestattet.
3. In Haushalt wird eine Haushaltsstelle "Baukostenzuschüsse für Vereine" eingerichtet.
4. Über die Verwendung der Gelder aus dieser Haushaltsstelle entscheidet der KuSSS-Ausschuss nach Rechtskraft des Haushaltes abschließend.

5. Antrag der Fraktionen der CDU und FDP Nr. 4/2001 betreffend die Bildung einer "Sportplatzkommission"  
(Vorlagen-Nr.: 57/2001)

Für die Fraktionen der CDU und der FDP wird vorgetragen, antragsgemäß zu entscheiden und eine Sportplatzkommission einzusetzen.

Für die SPD-Fraktion wird folgender Antrag gestellt:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, einen Zustandsbericht über die Sportplätze zu erstellen, der Aussagen enthält über zukünftige Unterhaltungs- und Ausbaukosten. Eine Prioritätenliste ist beizufügen.
2. Die Verwaltung fertigt eine Aufstellung der Vereine und deren Nutzung der Sportplätze.
3. Danach erfolgt die Beratung im Fachausschuss, ob der Aufwand im Verhältnis zur Nutzung der Sportplätze steht.

Der Vorsitzende läßt zunächst über den weitergehenden Antrag (der CDU/ FDP) abstimmen.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: 11 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen

1. Es wird eine Sportplatzkommission eingesetzt.
2. Die Sportplatzkommission erstellt einen Bericht über den Zustand der städt. Sportplätze.
3. Auf der Grundlage des Berichtes werden Kostenschätzungen für die erforderlichen Maßnahmen vorgelegt und eine Prioritätenliste dem Ausschuss vorgeschlagen.
4. Über Größe und Besetzung entscheidet der Fachausschuss.

Da dieser Antrag angenommen wurde, wird über den Antrag der SPD-Fraktion nicht mehr abgestimmt.

Als Mitglieder der Sportplatzkommission werden durch die Fraktionen benannt: Schmitz CDU, Kieven SPD, Beginn FDP und Laufs Grüne.

6. Modellprojekt "Senioren ins Netz"  
hier: Bericht (Juli - Dezember 2000)  
(Vorlagen-Nr.: 26/2001)

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

Der Ausschuss nimmt den Bericht zustimmend zur Kenntnis.

7. Studie "Alleinerziehende in Jülich"  
hier: Bericht zum Stand des Projektes "Kinderbüro"  
(Vorlagen-Nr.: 30/2001)

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

Der Ausschuss nimmt den Bericht zustimmend zur Kenntnis.

8. Kinder- und familienfreundliches Jülich

hier: "Projekt 13 plus"

(Vorlagen-Nr.: 31/2001)

Es wird angeregt, dass ausgebildete Kräfte die Betreuung übernehmen sollen. Die Verwaltung weist darauf hin, dass dadurch die Kosten steigen.

Für die CDU-Fraktion wird erklärt, dass man dem Projekt aufgeschlossen gegenüberstehe aber nur zustimmen könne, wenn die Finanzierung durch Dritte gesichert sei. Deshalb sei auch keine "zustimmende" Kenntnisnahme möglich.

Seitens der SPD wird dem Projekt zugestimmt. Es wird für bedenklich gehalten, wenn zum jetzigen Zeitpunkt bereits "abgeblockt" werde.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 7 Enthaltungen

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

9. Kinder- und familienfreundliches Jülich

hier: Fachtagung 2001

(Vorlagen-Nr.: 29/2001)

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

Der Ausschuss nimmt den Bericht zustimmend zur Kenntnis.

10. Arbeitsgruppenergebnis "Gutachten Richter", Teil I Brückenkopfpark

hier: Bericht

(Vorlagen-Nr.: 9/2001)

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: Ohne Abstimmung

11. Arbeitsgruppenergebnis "Gutachten Richter", Teil II: Museum und Baudenkmalpräsentation Zitadelle

(Vorlagen-Nr.: 49/2001)

In der eingehenden Beratung erläutert die Verwaltung die Hintergründe für ihren Beschlussvorschlag.

Durch die CDU-Fraktion wird die Abänderung des Beschlussvorschlages zu Ziff. 1 und 2 beantragt.

Über die Ziffern 1, 2 sowie 3 bis 6 des Beschlusses wird getrennt abgestimmt.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis zu Ziff. 1: Einstimmig

1. Das Museum wird in die Zitadelle verlagert. Die Verwaltung wird beauftragt, eine Konzeption zu erarbeiten. Die Belange des Schulbetriebs dürfen durch die erweiterte museale Nutzung nicht beeinträchtigt werden. Die Gremien des Gymnasiums sind bei der Erarbeitung der Museumskonzeption zu beteiligen.

Abstimmungsergebnis zu Ziff. 2: Einstimmig

2. Museumsbesuche sind für Kinder bis 10 Jahre sowie im Rahmen schulischer Veranstaltungen kostenfrei.

Abstimmungsergebnis zu Ziff. 3 bis 6: Einstimmig

3. Die Verwaltung wird gebeten, eine Planung für die Erhöhung der Zahl von Sitzgelegenheiten im Wallgraben sowie im inneren Bereich der Zitadelle vorzulegen.
4. Die Initiative des Bürgerbeirates Historische Festungsstadt zur Schaffung einer erklärenden Beschilderung von Bauteilen der Zitadelle vom Bereich Wallgraben aus wird befürwortet.
5. Die Verwaltung wird gebeten, einen Zeitplan für die Realisierung des Rundweges im Nordwesten des Wallgrabens (Ausbauende West bis Damm Nord) und des Revisionsweges Ost aufzustellen.
6. Die Verwaltung soll eine detaillierte Projektskizze zum Lichtkunstprojekt A. A. Kaufmann mit Kostenübersicht erarbeiten.

12. Schlosskonzerte 2001/2002  
(Vorlagen-Nr.: 23/2001)

Der Ausschuss bedankt sich bei der Verwaltung für die gelungene Zusammenstellung des Programms für die Schlosskonzerte.

StV Bochem regt an, das Podest in der Schlosskapelle bei Bedarf anzuheben.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

In der Spielzeit 2001/2002 werden folgende Schlosskonzerte aufgeführt:  
(folgt Aufstellung lt. Anl. 2 zur Sitzungsvorlage)

13. Städt. Kulturveranstaltungen:  
hier: Veränderungsvorschläge aus den Beiräten  
(Vorlagen-Nr.: 20/2001)

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: 17 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen

Zu 3 a:

Ab der Spielzeit 2001/2002 gilt eine 1/3-Ermäßigung beim Theaterabonnement; ebenfalls für das Schlosskonzertabonnement. Diese Ermäßigung erhalten Schüler, Studenten, Auszubildende, Wehr- und Zivildienstleistende, Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger und Personen, die ihnen wirtschaftlich gleichgestellt sind.

14. Fortschreibung des Archiv-Entwicklungsplanes  
(zugleich Bürgerantrag der CDU-Seniorenunion Nr. 22/2000 vom 02.11.2000 bezüglich der Archivarbeit)  
(Vorlagen-Nr.: 17/2001)

Die Beratung über diesen Punkt wird von der Tagesordnung abgesetzt.

- 14.a Verteilung der Sitzungsunterlagen

Der Vorsitzende regt an, in Zukunft neben den Ausschussmitgliedern auch stellvertretenden Sachkundigen Bürgern die Sitzungsunterlagen zu übersenden, weil dadurch auch Vertreter ständig informiert sind.

Die Verwaltung gibt zu bedenken, dass dieses Verfahren dann für alle Ausschüsse gelten müsse.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

Die Sitzungsunterlagen werden auch den stellvertretenden Sachkundigen Bürgern übersandt, und zwar an die gleiche Anzahl von Stellvertretern je Fraktion, wie sachkundige Bürger in dem Ausschuss sind. Die Namen der stellvertretenden Sachkundigen Bürger geben die Fraktionen der Verwaltung an.

Für die CDU-Fraktion werden bereits die stellvertretenden Sachkundigen Bürger A. Cor-mann, H. Spelthahn, F. Ritz und A. Coenen benannt.

15. Bericht über die Entwicklung der Schulbibliothek der Gemeinschaftshauptschule. Vorschlag für die zukünftige Weiterentwicklung  
(Vorlagen-Nr.: 700/2000)

SB Viehöfer regt an, die Schulbibliothek mit Elternhilfe weiterzuführen. Die Verwaltung gibt zu Bedenken, dass eine kontinuierlich beschäftigte Kraft ständig als Ansprechpartner/in zur Verfügung stehen sollte.

Der Vorsitzende regt an, zu einer der nächsten Ausschusssitzungen den Schulleiter einzuladen, damit die Angelegenheit auch mit ihm diskutiert werden könne (Evtl. unter Einbeziehung des Fördervereins).

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: Ohne Abstimmung

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

16. Zuschussantrag des Fördervereins Pfadfinderstamm Jülich  
(Vorlagen-Nr.: 840/2000)

In der ausführlichen Diskussion bemängeln mehrere Ausschussmitglieder, dass der Pfadfinderstamm Jülich den Zuschussantrag erst gestellt hat, als der Bau schon fertiggestellt war. Dies widerspricht dem bisherigen Verfahren bei der Gewährung von Zuschüssen an Sportvereine.

Einvernehmen besteht darin, dass in Zukunft Vereinen, die einen Bauantrag stellen, die Modalitäten der Stadt für die Zuschussvergabe mitgeteilt werden.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: 16 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen

1. Der Bedarf wird anerkannt.
2. Im Haushalt wird eine Haushaltsstelle "Baukostenzuschüsse für Vereine" eingerichtet.
3. Über die Verwendung der Gelder aus dieser Haushaltsstelle entscheidet der KuSSS-Ausschuss nach Rechtskraft des Haushaltes abschließend.

Zusatzbeschluss:

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

Vereine sollen beim Einreichen von Bauanträgen darauf hingewiesen werden, dass vor Baubeginn über einen städt. Zuschuss entschieden werden muss bzw. die Genehmigung zum vorzeitigen Baubeginn erteilt sein muss.

Der Vorsitzende schließt gegen 18.45 Uhr die öffentliche Sitzung.

Der Niederschrift sind als Anlagen beigefügt:

1. Schreiben des BFGK vom 24.1.2001
2. Termine der Schlosskonzerte 2001/02

Der Behindertenfachgesprächskreis  
der Stadt Jülich

24.01.2001

Bianka Becker  
Josef-Bierth-Str. 8  
52428 Jülich  
Tel.: 02461/59204  
Fax: 02461/59203  
E-Mail: [konsel@t-online.de](mailto:konsel@t-online.de)

An den  
Bürgermeister  
der Stadt Jülich  
Herrn  
H. Stommel  
Neues Rathaus

52428 Jülich

Betr.: Anfrage an den Ausschuss KUSSS

Sehr geehrter Herr Stommel,

am 31.01.2000 hat der Behindertenfachgesprächskreis der Stadt Jülich einen Antrag (in der Anlage dieses Schreibens in Kopie beigefügt) an die Stadt Jülich gerichtet, dringend notwendige Umbauten und Erweiterungen in/an öffentlichen Gebäuden der Stadt Jülich vorzunehmen.

Bis zum heutigen Tag ist jedoch keine dieser beantragten Maßnahmen seitens der Stadt in Angriff genommen worden, was uns sehr enttäuscht.

Für die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt mit einer körperlichen Behinderung würde dies durchaus den Zugang und Besuch dieser öffentlichen Gebäude erleichtern bzw. ermöglichen.

Wir möchten Sie ausdrücklich auf das Aktionsprogramm 2000 des Landes Nordrhein-Westfalen „Mit gleichen Chancen leben“ hinweisen, welches unter Punkt 7.4.2 auf die Notwendigkeit barrierefreier Gestaltungen Bezug nimmt und das Erreichen einer solidarischen Alltagskultur in den Vordergrund stellt.

„Barrierefreies Planen und Bauen“, erschienen im Beuth Verlag GmbH kann hierzu ausreichende Informationen geben, wenn es um die Umsetzung der Planungs- und Baumaßnahmen geht.

Bereits im Sommer hat sich die Stadt Jülich bereit erklärt, jährlich einen Etat von 50 TDM für solche Maßnahmen zur Verfügung zu stellen. Wir bedauern sehr, dass auf dieser Grundlage bis dato nichts in Angriff genommen worden ist.

**Unsere Frage an die Verwaltung:**

- Wann wird mit der Umsetzung der von uns beantragten Maßnahmen begonnen?
- Wird der Etat des Jahres 2000 von 50 TDM im Jahr 2001 aufgestockt, sodaß 100 TDM für diese Maßnahmen zur Verfügung stehen?
- Welche Maßnahmen stellt die Stadt Jülich in den Vordergrund, bzw. wird eine Prioritätenliste erstellt?

Um dem Gleichheitsgrundsatz und dem Benachteiligungsverbot in unserem Grundgesetz nachzukommen, bitten wir um umgehende Ausführung der Umbauten bzw. Erweiterungen.

Mit freundlichen Grüßen



Bianka Becker  
Sprecherin des BFGK

Eine Kopie dieses Schreibens geht an alle Fraktionen der Stadt Jülich, Sozialplanung der Stadt Jülich, sowie den Mitgliedern des BFGK.

Sonntag, 30. Sept. 2001 20.00 Uhr, SK VVK ab 13.9.01	<b>Duo Flöte/Harfe</b> Bundesauwahl Konzerte Junger Künstler Pirmin Grehl, Flöte Charlotte Balzereit, Harfe Empfehlung des Deutschen Musikrates, Bonn Werke von Fauré, Carl Ph. E. Bach, Ravel, Francaix, Rossini, Donizetti u.a.	Honorar u. Reisekosten  1.000,-DM
Sonntag, 28. Okt. 2001 20.00 Uhr, SK VVK ab 18.10.01	<b>Barock-Ensemble "Händel with care"</b> Ethem Emre Tamer, Violine Sabine Knoch, Violoncello Michael Schubert, Oboe Ian Watson, Cembalo Werke von Händel, Bach u.a.	3.000,- DM  + Fahrt- kosten 250,- DM
Sonntag, 18. Nov. 2001 20.00 Uhr, SK VVK ab 8.11.01	<b>Klarinette u. Streichquartett</b> Oliver Schwarz, Klarinette Ursula Maria Berg, Violine Alvaro Palmen, Violine Krzysztof Bujanowski, Viola Georg Heimbach, Violoncello Werke von R. Fuchs, Schubert u. Brahms	3.500,- DM Palm + Fahrt- kosten 250,- DM
Sonntag, 24. Februar 2002 20.00 Uhr, SK VVK ab 14.2.02	<b>"Chopin auf Mallorca"</b> Joan Moll, Klavier Joan Moll Marqués, Künstler aus Mallorca Werke von Chopin (Polonaise in C moll, 15 Préludes aus op.28), Granados, Torrandell u.a.	1.000,- DM + + Fahrtk. 250,- DM
Sonntag, 17. März 2002 20.00 Uhr, SK VVK ab 7.3.02	<b>Violine/Klavier</b> Grigori Rapoport, Violine Irina Leveleva, Klavier in Zusammenarbeit mit "Kultur ohne Grenzen e.V." Werke von Ravel, Brahms und Franck	Spende  Fahrtk./ Verw.k. pauschal 300,- DM
Sonntag, 14. April 2002 20.00 Uhr, SK VVK ab 4.4.02	<b>"Forellenquintett"</b> Walter Schreiber, Viola Mile Kosi, Viola/Violine Joanna Sachryn, Cello Paul Deppe, Kontrabass Thomas Palm, Klavier Werke von Hummel, Beethoven und Schubert	3.500,- DM + Fahrt- kosten 250,- DM

Honorare/Fahrtkosten 2001/2002      13.300,- DM

SK - Alle Konzerte finden in der Schloßkapelle der Zitadelle Jülich statt.